

MEDIEN-INFORMATION

Freitag, den 24. Juni 2005

JU-Chef Mißfelder: Wachstumsschwäche verlangt grundlegenden Politikwechsel!

Zur ifo Konjunkturprognose 2005/2006 erklärt der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder (25):

„Die Konjunkturprognose des Münchener ifo Institutes für die Jahre 2005 und 2006 zeigt sehr deutlich die strukturelle Schwäche der Wirtschaft in Deutschland. Der erwartete Rückgang des Wirtschaftswachstums von 1,6 Prozent in 2004 auf 0,8 Prozent in 2005 belegt, dass die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit in Deutschland grundsätzlich nicht stimmen.

Obwohl die Weltwirtschaft im letzten Jahr um 5,1 Prozent gewachsen ist – der höchste Wert seit 1976 – und in diesem Jahr um 4,3 Prozent wachsen wird, bleiben die Investitionen der Unternehmen in Deutschland schwach, sind sogar noch rückläufig, wie in den vergangenen Jahren. Der Grund dafür ist das mangelnde Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Perspektiven, das durch eine falsch ausgerichtete und unstetige Wirtschaftspolitik verloren gegangen ist. Die Unfähigkeit der rot-grünen Bundesregierung, eine konsequente Steuerpolitik zu betreiben und das Beharren auf dem Antidiskriminierungsgesetz sind dabei nur die aktuellsten Beispiele.

Wo es keine Investitionen gibt, kann auch das Produktionspotenzial kaum wachsen und verharrt bei einem Prozent pro Jahr, was lediglich der Hälfte des Durchschnitts im Euroraum entspricht. Weil aber das Wachstum des Potenzials die Grundlage für das Wachstum von morgen ist, bleibt die strukturelle Wachstumsschwäche erhalten und mit ihr der dauernde Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Für die junge Generation bedeutet dies, dass ihre Berufs- und Einkommenschancen verloren gehen. Die schwache Wachstumsentwicklung berührt jeden Einzelnen unmittelbar, besonders hart aber diejenigen, die Arbeit suchen. In Folge der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre sind ein Viertel mehr junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos als 2002, und die gesamte Arbeitslosigkeit hat in diesem Jahr den höchsten Stand seit Gründung der Bundesrepublik erreicht.

Diese Abwärtsspirale bei Wirtschaft und Arbeit darf sich nicht fortsetzen: Die rot-grüne Regierung muss abgelöst werden!“